

Der britische Journalist Finian Cunningham befürchtet, dass die Biden-Administration versuchen wird, die tiefe Spaltung der US-Bevölkerung mit einem vom Zaun gebrochenen neuen Krieg zu "heilen".

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 012/21 – 12.02.21

Biden will die USA einen – durch einen Krieg?

Von Finian Cunningham

Information Clearing House, 22.01.21

(<http://www.informationclearinghouse.info/56228.htm>)

Präsident Joe Biden hat an die US-Bürger appelliert, die bestehende Spaltung zu überwinden. In seiner Antrittsrede vor dem Capitol hat er sie immer wieder zur "Einigkeit" aufgerufen.



US-Präsident Biden bei seiner Antrittsrede (Foto: AFP / Jim Watson)

Sein Appell war auch dringend notwendig, denn die US-Amerikaner sind in zwei unversöhnlich scheinende Lager gespalten. Der vorherige republikanische Präsident Donald Trump hat nicht an der Amtseinführung seines Nachfolgers teilgenommen; eine derartige Brüskierung gab es zuletzt vor fast 150 Jahren.

Viele der 74 Millionen Trump-Wähler sind immer noch davon überzeugt, dass die Demokraten die Wahl gestohlen haben. Sie machen sich über Bidens Aufforderung zur Einigkeit lustig, weil sie ihn für einen "Marxisten" halten. Das ist zwar absurd, denn Biden ist in Wirklichkeit ein Erzkapitalist und Imperialist, seine Gegner glauben aber trotzdem, er sei ein "Linker".

Für viele Anhänger der Demokraten sind alle Trump-Unterstützer "verrückte weiße Rassisten, Faschisten und einheimische Terroristen", die "umgepolt" werden müssten. Aber diese Verallgemeinerung gilt nicht für alle, sondern allenfalls für die Proud

Boys (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Proud_Boys), die **Oath Keepers** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Oath_Keepers) und die **QAnon-Anhänger** (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/QAnon>).

Biden braucht also eine "zündende Idee", um Menschen mit derart konträren Obsessionen und Ansichten wieder zusammenführen zu können. Dabei muss auch bedacht werden, dass die Demokraten einen großen Teil der Schuld an der inneren Spaltung der USA tragen und "Trumps Demagogie" nicht allein dafür verantwortlich machen können. Seit der Wahl im Jahr 2016 haben die Demokratische Partei und ihr nahestehende Mainstream-Medien Trump und seine Regierung ständig diffamiert – mit der absurden Behauptung, Russland habe ihm zum Wahlsieg verholfen (und er sei eine Marionette Putins). Deshalb ist es ziemlich vermessen, wenn Präsident Biden glaubt, allein mit seiner "Aufforderung zur Einigkeit" die Trump-Anhänger auf seine Seite ziehen zu können.

Die USA befinden sich – was ihre Außenpolitik angeht – in einer existenziellen Krise. Wenn es (Biden) nicht gelingt, die Einigkeit darüber wieder herzustellen, steht die Legitimierung seiner Regierungsgewalt auf dem Spiel.

Dass Biden in seiner Antrittsrede die verzweifelte Aufforderung zur Einigkeit mehrfach wiederholt hat, zeigt, dass er sich dieser gefährlichen Zwangslage bewusst ist.

Deshalb hat er auch gesagt: "Wir müssen unsere Kräfte vereinen und die hitzigen Streitereien beenden, weil es ohne Einigkeit keine Versöhnung gibt, sondern nur Bitterkeit und Wut. Wenn die gegenseitigen Anfeindungen andauern, gibt es keinen Fortschritt, sondern nur Niedergang. In diesem historischen Moment können wir nur vereint die Krise überwinden und uns den Herausforderungen stellen."

Biden warnte, ohne Einigkeit könne ein Staat nicht existieren, er versinke dann im Chaos. Dieser Gedanke scheint der politischen Klasse und der Oligarchie der USA Alpträume zu bereiten.

Und wie könnten sie die herbeigesehnte Einigkeit am schnellsten wieder herstellen? [s. dazu auch <https://sputniknews.com/us/202012161081483118-biden-campaign-manager-says-theres-good-chance-of-unity-with-bunch-of-republican-fers/>]

Wenn der US-Imperialismus seine Existenz bedroht sah, hat er sie bisher immer durch Kriege mit anderen Ländern zu sichern versucht.

Mit einem weiteren Krieg gegen einen "ausgesuchten ausländischen Feind" könnte die herrschende Klasse der USA auch in dieser innenpolitischen Krise versuchen, die US-Bevölkerung an ihre "patriotische Pflicht" zu erinnern, damit sie sich (zum gemeinsamen Kampf) unter dem "Sternenbanner" vereint. So konnten für die Herrschenden gefährlich werdende innere Probleme, die Wut über die schreiende wirtschaftliche Ungleichheit, innenpolitische Gegensätze und das Misstrauen gegenüber der Regierung und staatlichen Behörden bisher immer zurückgedrängt werden.

Ein historischer Rückblick stützt diese Vermutung. In fast 90 Prozent der Zeit, die seit ihrer Gründung vor 245 Jahren vergangen ist, haben die USA Krieg geführt. Eigentlich haben alle bisherigen 45 US-Präsidenten Kriege angefangen oder laufende fortgesetzt. Deshalb konnte sich Trump auch damit brüsten, "keinen eigenen Krieg begonnen zu haben". Das spricht für ihn, obwohl auch er dem Iran und China mit Krieg gedroht hat.

Unter Berücksichtigung historischer Parallelen stehen auch unter dem 46. US-Präsidenten Biden wieder alle Zeichen auf Krieg.

Schon als Senator und als Vizepräsident hat Biden die Kriege in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien und anderswo voll unterstützt. Warum sollte er in fortgeschrittenem Alter plötzlich aufhören, ein Kriegstreiber zu sein?

Außerdem werden seinem Kabinett Leute angehören, die schon unter Obama Regimewechsel und eine aggressive Politik gegen Russland und China befürwortet haben (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Biden).

Dazu gehören Figuren wie **Antony Blinken** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Antony_Blinken), der Außenminister werden soll, **Victoria Nuland** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Victoria_Nuland), die 2014 maßgeblich an der Inszenierung des Umsturzes in der Ukraine beteiligt war (und Staatssekretärin im Außenministerium werden soll), **Avril Haines** (s. dazu auch <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Avril+Haines>), eine ehemalige stellvertretende Direktorin der CIA und Befürworterin der Drohnen-Morde (die Direktorin aller US-Geheimdienste werden soll), und **Lloyd Austin**, (ein in Kriegen bewährter General im Ruhestand, der Verteidigungsminister werden soll, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Lloyd_Austin).

Das Biden-Team will durch die Einbeziehung von Personen, die als "liberal" gelten, den Eindruck erwecken, politisch ausgewogen zu sein. Es wird aber von Falken und Befürwortern des kriegerischen US-Imperialismus dominiert, die natürlich zynisch über "hehre Prinzipien" und "globale Führungsansprüche" schwadronieren.

Schon während ihrer Anhörungen im Senat haben sich Herr Blinken und Frau Haines (die künftige Chefin aller US-Geheimdienste) für eine konfrontative Politik gegenüber China und Russland ausgesprochen, während Biden die US-Amerikaner flehentlich zur "Einigkeit" aufforderte.

Je verzweifelter die US-Bürger zu neuer "Einigkeit" gedrängt werden, desto größer wird die Gefahr eines neuen Krieges, der diese Einigkeit befördern soll.

Wenn die US-Amerikaner und der Rest der Welt glauben, nach Trumps Abgang könnte wieder alles "normal" werden, sollten sie bedenken, was US-Regierungen für "normal" halten. Für die herrschende Klasse der USA war das "normale Mittel" zur Überwindung einer inneren Krise schon immer ein neuer Krieg.

Finian Cunningham hat viele Artikel über internationale Angelegenheiten in mehreren Sprachen veröffentlicht. Er ist Master der Agrarchemie und hat als wissenschaftlicher Redakteur für die Royal Society of Chemistry in der englischen Stadt Cambridge gearbeitet, bevor er sich dem Journalismus zuwandte. Er ist auch Musiker und Songschreiber. Fast 20 Jahre lang hat er als Redakteur und Autor für wichtige Nachrichtenmedien wie The Mirror, die Irish Times und The Independent gearbeitet. Dieser Artikel wurde zuerst von Sputnik veröffentlicht (s. <https://sputniknews.com/columnists/202101211081840092-bidens-unity-by-war/>).

(Wir haben den Artikel, der alle, die den Wechsel in Washington bejubeln, wachrütteln sollte, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Den Link in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Biden's 'Unity'... By War?

By Finian Cunningham

January 22, 2021

President Joe Biden beseeched his nation this week for unity. In his inaugural address Wednesday the word “unity” was repeated over and over.

And, understandably, well he may make such an urgent appeal. Because the United States is a bitterly divided house between seemingly irreconcilable factions. Former Republican president Donald Trump didn't even show up for his successor's inauguration – the first time that such a snub has happened in nearly 150 years.

Many of Trump's supporters among the 74 million who voted for him are convinced that the election was stolen by the Democrats. Biden's call for unity is scoffed at by these people who denounce him as a “Marxist”. (That's a ludicrous description of Biden, an arch capitalist and imperialist, but that's what they believe.)

For Democrats, many of those on the other side of the house are crazy white supremacists, fascists and “domestic terrorists” who need “reprogramming”. That's a broad brush too, although the Proud Boys, Oath Keepers, QAnon cult, and so on, might certainly qualify for such designation.

Anyway, Biden's going to need a mountain-load of luck to unify such internecine perceptions and passions. And it should be said too that the Democrats bear a big responsibility for the dire state of affairs. It can't be all blamed on “Trump the demagogue”. For nearly four years, the Democrats and their media networks relentlessly undermined the Trump presidency and his 2016 mandate by peddling absurd claims about “Russia collusion”. So it's a bit rich for President Biden to now appeal to the nation for “unity” and “healing”.

The United States is facing an existential crisis over bitter internal divisions. If unity of the nation cannot be restored then the legitimacy of governance is at stake.

Biden alluded to this precarious predicament in his inaugural speech with repeated and somewhat desperate calls for unity.

He said: “We can join forces, stop the shouting and lower the temperature, for without unity there is no peace, only bitterness and fury. No progress, only exhausting outrage. No nation, only a state of chaos... This is our historic moment of crisis and challenge, and unity is the path forward.”

So if unity is absent, he warns, there is “no nation, only a state of chaos”. That thought is the stuff of nightmares for the political class in America and the oligarchy of super wealthy.

How is this precious “unity” to be found by the political class?

This is where the danger of intensified American imperialism and foreign wars rears its ugly head again.

By starting a war with some designated “foreign enemy”, the US ruling class will gamble that such a move can “unify” the country in “patriotic duty” and rallying around the flag. A war would defuse the explosive internal problems of excruciating economic inequality, partisan divisions and alienation from the governing institutions.

The historical record does not bode well. Out of its nearly 245 years of existence as a state, it is estimated that the US has been at war for over 90 per cent of the time. Virtually every one of the past 45 presidents have launched or continued an existing war. This gives a risible context for Trump attempting to congratulate himself as “a president who did not start any new wars”. Yeah, it’s that rare, it’s almost a virtue, although it wasn’t for the lack of trying by Trump with regard to Iran and China.

As the 46th president, Biden has the odds stacked in favor of war, if historical pattern is anything to go by.

Also, there is Biden’s own personal record as a Senator and Vice President who enthusiastically supported wars in Afghanistan, Iraq, Libya and Syria, among others. Can he really change his warmongering habit this late in life?

Furthermore, his new cabinet taking shape is full of holdovers from the Obama administrations who were big proponents of regime-change wars as well as aggressive policy towards Russia and China.

People like Antony Blinken who is nominated to be Secretary of State; Victoria Nuland who fomented the 2014 coup d’état in Ukraine; and Avril Haines who was former deputy director at the CIA associated with advocating drone assassinations.

Biden’s team may have politically correct “diversity” in appearance and be fluent in liberal-sounding lexicon. But it is shaping up to be hawkish on war and American imperialism – all in the cynical cause of “noble principles” and “world leadership”, of course.

During confirmatory hearings this week in the Senate, Blinken and Haines both spoke about confronting China and Russia, expressing approval of aggressive policy. This was while Biden was pleading with the nation for “unity”.

The more desperate the need for unity to salvage the United States, the more likely is the danger of war serving for that very purpose.

If the American people and the rest of the world think that getting rid of Trump means a return to normal, they better think again. Because “normal” for the US ruling class is war. And especially so at a time of internal crisis.

Finian Cunningham has written extensively on international affairs, with articles published in several languages. He is a Master’s graduate in Agricultural Chemistry and worked as a scientific editor for the Royal Society of Chemistry, Cambridge, England, before pursuing a career in newspaper journalism. He is also a musician and songwriter. For nearly 20 years, he worked as an editor and writer in major news media organisations, including The Mirror, Irish Times and Independent.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern